

Reformen des monetären Sektors in sozialistischen Ländern: Ursachen, Transformations- bedingungen und institutionelle Voraussetzungen

Von H. Jörg Thieme, Bochum*

I. Ausmaß und Konsequenzen monetärer Ungleichgewichte

In der sozialistischen „Politischen Ökonomie“, aber auch in den monetären Analysen jener Nationalökonomien, die sich mit der Funktionsweise von Zentralverwaltungswirtschaften auseinandersetzen, dominierte lange Zeit die Auffassung, Geld sei in Wirtschaftssystemen mit zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses weitgehend passiv, d. h. neutral in bezug auf reale Variablen (wie Beschäftigung, Produktion und relative Preise) und ohne jeden Einfluß auf das absolute Preisniveau. Begründet wurde dies mit dem Argument, daß es zur optimalen Allokation der Faktoren und Distribution der Güter unter solchen Systembedingungen keines allgemein anerkannten Tausch- und Wertspeichermittels bedürfe: Methoden und Techniken der zentralen Planung erlaubten es, ein naturales gesamtwirtschaftliches Plangleichgewicht herzustellen (*Hensel*, 1954, 3. A. 1979). Auf seiner Basis ließe sich auch ein gesamtwirtschaftliches monetäres Plangleichgewicht ableiten (*Gutmann*, 1965), bei dem – aus der Sicht des zentralen Planers – die Grenznutzen der Güter in allen Verwendungsrichtungen mit ihren zentral festgelegten Preisen übereinstimmten. Unter solchen Modellbedingungen erfülle Geld lediglich die Funktion eines Verrechnungs- und Kontrollinstruments, das allein zur Aggregation physischer Quantitäten erforderlich sei und damit gesamtwirtschaftliche Planung erleichtere. Geld hätte somit – ähnlich wie im *Walras-Arrow-Debreu*-Konkurrenzmodell – keine Bedeutung für die Herstellung des gesamtwirtschaftlichen Plangleichgewichts.

Auch in der sozialistischen Ökonomik wurden allerdings die Schwierigkeiten gesehen, ein solches Planungsmodell konsequent zu verwirklichen. Die in der Realität vorhandenen Handlungsspielräume von Betrieben und

* Danken möchte ich meinen Mitarbeitern *H. Eckermann*, *K. Kratz* und *Dr. U. Vollmer* für stimulierende Anregungen und ihre Geduld bei kritischen Auseinandersetzungen.

Haushalten in monetär organisierten Zentralverwaltungswirtschaften konnten planwidrig genutzt werden. Besonders in der Verfügung über Bargeld wurde die Gefahr unkontrollierter Geldströme gesehen, weil die Betriebe knappe Ressourcen illegal beschaffen, Löhne außerplanmäßig erhöhen und damit die zentralen Planaufgaben unterlaufen konnten. Da der private Sektor Bargeld als Tauschmittel verwendete, konnten spontane Marktbeziehungen entstehen, die sich einer zentralen Steuerung entzogen. Die Betriebe wurden deshalb verpflichtet, alle Zahlungen über Konten bei Filialen des Staatsbankensystems abzuwickeln; der private Sektor wurde durch eine Verzinsung von Guthaben auf Girokonten angereizt, möglichst wenig Bargeldbestände zu halten und zu verwenden. Hierdurch schien die Gefahr unkontrollierbarer monetärer Transaktionen gebannt und die „Passivität des Geldes“ galt als gesichert, die zentrale Planbarkeit des Geldangebots als gewährleistet.

Dieser traditionellen Auffassung über die Funktion des Geldes und der Steuerbarkeit des nominalen Geldangebots in sozialistischen Planwirtschaften wurde in einigen jüngeren theoretischen und empirischen Analysen jedoch widersprochen. Sie wiesen nach, daß trotz formal günstiger ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für eine straffe Geldmengenkontrolle (einstufiges Bankensystem, monetäre Zentralplanung, staatliches Außenhandels- und Valutamonopol) eine systemimmanente Tendenz zur monetären Überversorgung besteht und das nominelle Geldangebot endogen durch das Kreditnachfrageverhalten der staatlichen Betriebe und des privaten Sektors bestimmt ist (*Thieme, 1977, S. 5. A. 1989; Hartwig, Thieme, 1985, 2. A. 1987*). Dadurch wurde ein wachsendes Inflationspotential gelegt, das wegen der zentral-administrativen Preisfixierung auf den meisten staatlichen Märkten nur beschränkt durch offizielle Preisniveausteigerungen ausgelastet werden konnte. Stattdessen wurden in der Vergangenheit zwei politische Strategien zur Verschleierung des tatsächlichen Inflationsausmaßes verfolgt (*Thieme, 1980, S. 49; Cassel, 1985, 2. A. 1987*):

- Notwendige Preisanpassungen wurden entweder nur bei nicht im offiziellen Preisindex erfaßten Gütern zugelassen oder durch bewußte qualitative Verschlechterung der im Preisindex enthaltenen Güter ersetzt; in beiden Fällen existierte faktisch Preisinflation, die aber nicht statistisch ausgewiesen, also „versteckt“ wurde (Phänomen einer versteckten oder verdeckten Inflation).
- Preiserhöhungen wurden durch administrative Maßnahmen (Preisstopp) generell verhindert und die vorhandenen Inflationsimpulse damit wirtschaftspolitisch zurückgestaut; Konsequenz war eine Akkumulation ungewünschter liquider Kassenbestände in den Händen der privaten

Wirtschaftssubjekte (Phänomen einer zurückgestauten oder Kassenhaltungsinflation; *Cassel, Thieme, 1976*).

Das Ausmaß dieser beiden offiziell lange Zeit nicht zugegebenen Inflationsphänomene ist in empirischen Analysen westlicher Autoren mittels verschiedener Indikatoren zu quantifizieren versucht worden. Dabei sind zur Schätzung der versteckten Inflation verschiedene Verfahren genutzt worden, die entweder darauf hinauslaufen, mit Hilfe veröffentlichter (einzelwirtschaftlicher oder gesamtwirtschaftlicher) Daten realer und nomineller Größen einen zum offiziellen Preisindex alternativen Preisindex zu berechnen oder mittels der im Westen bekannten Schwarzmarktwechselkurse die Kaufkraftparität östlicher relativ zu westlichen Währungen zu ermitteln (Überblick bei *Nuti, 1989 a, S. 112 ff.*). Diese Arbeiten weisen eine erheblich über der offiziellen Preisinflation liegende verdeckte Inflation nach. Noch schwieriger zu ermitteln ist das Ausmaß der zurückgestauten Inflation, deren Schätzung Annahmen über die Entwicklung der von den Wirtschaftssubjekten gewünschten Geldhaltung bei marktmäßig bestimmter Preisbildung voraussetzen. Obwohl einige Autoren die Existenz chronischer Überschußnachfrage in sozialistischen Planwirtschaften negieren (*Portes, Winter, 1980; Portes, Quandt, Winter, Yeo, 1983*), bestätigen mehrere neuere empirische Analysen ein beträchtliches Ausmaß nicht erfüllter Konsumgüterwünsche der privaten Wirtschaftssubjekte (*Kornai, 1982; Pindak, 1983; Podkaminer, 1988*).

Solche fundamentalen monetären Ungleichgewichte bleiben nicht ohne Konsequenzen für die Funktionsweise des faktischen Wirtschaftssystems im allgemeinen und für das Wachstumspotential sozialistischer Volkswirtschaften im besonderen. Dabei dürften die Konsequenzen versteckter Preiserhöhungen denen ähneln, wie sie auch in westlichen Marktwirtschaften seit langem beobachtet und beklagt werden. Sie bewirken eine reale Umverteilung von Einkommen und Vermögen von den Geldhaltern zu den (staatlichen) Geldproduzenten und von den Beziehern staatlich festgelegter Lohn-, Zins- und Mieteinkünfte zu den Nutznießern der versteckten Preiserhöhungen. Ihr Ausmaß hängt vor allem davon ab, inwieweit die Wirtschaftssubjekte die tatsächliche Inflationsrate korrekt antizipieren können. Da dies in zentralistischen Wirtschaftssystemen aufgrund der mangelhaften Informationspolitik und der administrativen Festlegung aller Faktoreinkommen nahezu unmöglich ist, dürften die resultierenden Umverteilungseffekte größer als im marktwirtschaftlichen System sein.

Noch drastischer sind die realwirtschaftlichen Konsequenzen von Kassenhaltungsinflationen, durch die die Wirtschaftssubjekte gezwungen werden, in immer größerem Ausmaß liquide Kassenbestände zu akkumulieren,

denen kein quantitativ und qualitativ ausreichendes Konsumgüterangebot gegenübersteht. Diese Zwangssparprozesse führen zu bewußten Ausweichreaktionen des privaten Sektors auf halblegale oder illegale private Märkte (*Welfens*, 1988; *Wingender*, 1989) und zu negativen Angebotsreaktionen der Haushalte auf den Arbeitsmärkten. Solche quantitativen und qualitativen Einschränkungen des Arbeitsangebotes sind theoretisch in zahlreichen Modellen abgeleitet und in einigen Arbeiten auch empirisch bestätigt worden (*Howard*, 1979; *Portes*, 1981; *Thieme*, 1985, 2. A. 1987; *Brada, King*, 1986). Sie mindern bei ohnehin knappem Arbeitsangebot die Wachstumsaussichten sozialistischer Länder erheblich.

Obwohl die Konsequenzen monetärer Ungleichgewichte auch in den sozialistischen Ländern zunehmend erkannt und formuliert wurden, mangelte es bislang – eine Ausnahme bildet seit dem Abschluß einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik allein die DDR, die deshalb hier ausgenommen wird – an konsequenten Versuchen zur Transformation des monetären Systems. Die periodisch beobachtbaren Veränderungen des monetären Sektors (z.B. Wechsel zwischen ein- und zweistufigem Bankensystem) blieben punktuell und waren nur vorübergehend. Offensichtlich bestanden erhebliche Hemmnisse dafür, nicht nur die in der Vergangenheit entstandenen monetären Ungleichgewichte abzubauen, sondern auch solche institutionellen Bedingungen zu schaffen, die das Entstehen neuer Ungleichgewichte in der Zukunft dauerhaft verhindern. Vorschläge für solche unumgänglichen Reformen zu formulieren, setzt eine Analyse jener systemimmanenter Faktoren voraus, die bislang eine stabilitätsgerechte Geldmengensteuerung in den sozialistischen Ländern verhindert haben und die zugleich die Ursachen des entstandenen Transformationsbedarfes darstellen (II.). Auf ihrer Basis können wirtschaftspolitische Strategien formuliert werden, wie die in der Vergangenheit akkumulierten Ungleichgewichte unter Vermeidung hoher einzel- und gesamtwirtschaftlicher Kosten abgebaut werden können und welche ordnungspolitischen Reformen notwendig sind, um sicherzustellen, daß zukünftige Überexpansionen des gesamtwirtschaftlichen Geldangebots verhindert werden können (III.). Schließlich können die Reformziele in den sozialistischen Ländern mit dem Stand der tatsächlichen ordnungspolitischen Reformen insbesondere des Bankensystems verglichen werden (IV.).

II. Ursachen monetärer Fehlversorgungen in sozialistischen Planwirtschaften

Soll – wie in einigen sozialistischen Reformländern beabsichtigt und mehrfach versucht – das in der Vergangenheit aufgestaute Inflationspo-

tential abgebaut werden, sind zunächst die Ursachen der mittels verschiedener Indikatoren feststellbaren Inflationsprozesse zu diagnostizieren. Erst dann kann rational entschieden werden, welche ordnungspolitischen Reformen ursachenadäquat sind und wie ihre Effekte durch entsprechende Flankierungsmaßnahmen gemildert werden können.

Wie für westliche Marktwirtschaften, herrschten auch bei der Erklärung inflatorischer Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften lange Zeit realwirtschaftliche Ansätze vor (*Dodge*, 1975, S. 223 ff.; *Haffner*, 1977; *Laski*, 1980; *Jansen*, 1982). Als Ursachen galten dabei naturale Fehlplanungen, wie beispielsweise Engpässe im Distributionssystem (*Turcan*, 1977); die jahrzehntelange Bevorzugung der Produktionsgüterindustrie, die Realkapital und Arbeitskräfte zu Lasten der Konsumgüterindustrie bindet und Lohn-einkommen entstehen läßt, die nicht durch Konsumgüter gedeckt sind; oder der mangelnde Anreiz zu bedarfsgerechter Produktion, der gleichzeitig unverkäufliche Lager in einem Bereich und Kaufkraftüberschüsse in einem anderen Bereich hervorruft (*v. Delhaes*, 1977; *Podkaminer*, 1982). Die monetäre Alimentierung wurde dabei weder problematisiert noch als eigenständige Inflationsursache angesehen. Vielmehr wurde unterstellt (*Portes*, 1983), daß das gesamtwirtschaftliche Geldangebot aufgrund der besonderen einstufigen Organisation des Bankensystems zentral steuerbar sei.

Diese Sichtweise, wonach Inflation allein oder zumindest vorwiegend Folge realwirtschaftlicher (natürlicher) Fehlplanungen ist, hat die wirtschaftspolitischen Therapievorschläge geprägt: Sie bestanden in zahlreichen Versuchen, die Methodik der zentralen Planung zu verbessern und zu komplettieren, neue Kennziffersysteme zur stringenten Kontrolle betrieblichen Verhaltens zu entwickeln und den Warenfonds besser auf den Kauf-fonds abzustimmen. Diese Maßnahmen blieben erfolglos, wie die Zunahme des Inflationspotentials besonders in den achtziger Jahren verdeutlicht.

Diese realwirtschaftlichen Erklärungsansätze monetärer Ungleichgewichte wurden gerade zunehmend mit dem Argument kritisiert, daß in sozialistischen Planwirtschaften trotz formal günstiger prozepolitischer Voraussetzungen bei der Geldangebotskontrolle ein systemimmanenter Hang zur monetären Überversorgung besteht, der nur durch tiefgreifende ordnungspolitische Reformen des monetären Sektors beseitigt werden kann (*Thieme*, 1977/78; *Grossman*, 1983; *Pindak*, 1983; *Hartwig*, *Thieme*, 1985, 2. A. 1987; *Hartwig*, 1987). Dabei wird das nominale Geldangebot als endogene Variable betrachtet, deren Höhe nicht nur durch das Verhalten der zentralen Planinstanzen, sondern auch wesentlich durch das Verhalten vor allem der Betriebe bestimmt wird. Insofern besteht eine Parallele zum Geldangebotsproze marktwirtschaftlicher Systeme, wo – wie in der Kredit-

markttheorie des Geldangebots (*Brunner, Meltzer, 1966*) theoretisch abgeleitet – neben den monetären Autoritäten auch Geschäftsbanken und private Nichtbanken im Rahmen ihrer Portfolioanpassungen die gesamtwirtschaftliche Geldmenge determinieren. Anders als in Marktwirtschaften ist die Geldmenge in sozialistischen Planwirtschaften jedoch nicht steuerbar, wenn die Betriebe sich einzelwirtschaftlich rational verhalten und bestehende Dispositions- und Handlungsspielräume bei der Planaufstellung und der Planverwirklichung nutzen. Solche Verhaltensweisen induzieren außerplanmäßige Kreditschöpfungen, die letztlich in eine monetäre Überversorgung münden.

Dieser starke „Kredithunger“ der Betriebe ist dadurch bedingt, daß sie einzelwirtschaftliche Interessen verfolgen, die von den durch die Zentralplanung ausgedrückten Gesamtinteressen abweichen. Als faktische Ziele der Betriebe dominieren die Maximierung der individuellen Einkommen der Beschäftigten und das Streben der Betriebsleiter nach Macht, Ansehen und Sicherheit (*Koont, Zimbalist, 1984, S. 159 ff.*); ihre Verwirklichung hängt ab vom Grad der Planerfüllung: Die Betriebe können ihre einzelwirtschaftlichen Einkommensziele nur dann verwirklichen, wenn sie die zentralen Planvorgaben erfüllen bzw. übererfüllen, weil – neben den staatlich festgesetzten Löhnen – die Prämien als Instrument der Leistungsstimulierung einen wichtigen Anteil am Gesamteinkommen der Beschäftigten ausmachen und ihre Zahlung von der Erfüllung von im Zeitablauf wechselnden Kennziffern abhängig ist. Aus dieser Kombination von Planerfüllungsprinzip und Prämiensystem resultieren die auf „weiche“, möglichst leicht zu erfüllende Planvorgaben ausgerichteten Verhaltensweisen. Die Betriebe streben bei der Planaufstellung auf der Outputseite nach möglichst niedrigen, auf der Inputseite nach möglichst hohen Planvorgaben. Diese Reserven werden bei der Planverwirklichung nur dosiert aufgelöst, um nicht durch entsprechend höhere Planaufgaben in der nächsten Planperiode bestraft zu werden (*Knauff, 1977, 5. A. 1989, S. 98 ff.*). Zentrale Planung ist somit ein dynamisches Wechselspiel zwischen Reservenbildung und -auflösung. Strategische Variablen dieses Verhaltens sind die an den faktischen Zielen der Betriebe ausgerichtete (Fehl-) Informationspolitik sowie Planverstöße, wobei erstere aufgrund des Informationsdefizits der zentralen Instanzen und Kontrollorgane mit geringerem Risiko behaftet ist und daher präferiert wird (*Zielinski, 1973, S. 304*). Begünstigt wird dieses betriebliche Verhalten durch die weitgehende Interessenharmonie zwischen den Planungsinstitutionen innerhalb der Planungshierarchie.

Diese Strategien werden verfolgt, um ökonomisch überhöhte Anforderungen an knappe Ressourcen zu rechtfertigen (betriebliches Hortungsstreben)

und die zur Finanzierung erforderlichen Bankkredite zu begründen. Übermäßige Bestände an Umlaufvermögen und Arbeitskräften werden als zur Planerfüllung unbedingt notwendig vorgegeben, die Kosten von Investitionsvorhaben unter- und ihre Erträge überbewertet oder Kredite für Scheinprojekte beantragt (*Podolski*, 1973, S. 233f.). Konsequenz ist, daß auch der gesamtwirtschaftliche Kreditplan zu einem weichen Plan wird, d.h. planmäßig eine überhöhte Kreditexpansion vorsieht. Verstärkt wird dieser systembedingte Kreditnachfragesog noch durch die in der Phase der Planverwirklichung betriebene Informationspolitik, die dazu dient, außerplanmäßige Transaktionen zu legitimieren und durch Bankkredite abzusichern (*Feiwel*, 1965). Sofern diese planmäßigen und außerplanmäßigen Kredite dazu eingesetzt werden, betriebliches Hortungsstreben und die Produktion unverkäuflicher Outputs zu finanzieren, wird zusätzliches Geld produziert, das nicht durch materielle Leistungen gedeckt ist. Dies gefährdet die angestrebte Proportionalität zwischen güterwirtschaftlicher und monetärer Entwicklung.

Die geldpolitischen Autoritäten müssen deshalb bemüht sein, den Einfluß der Betriebe auf die Kreditvergabe durch Instrumente der Finanz- und Kreditkontrolle, zinspolitische Maßnahmen oder Mengensanktionen zu beschränken. Obwohl das Kontrollsystem im Laufe der Jahre stark ausgeweitet wurde und die zuständigen Banken umfangreiche Kompetenzen erhielten, ist die Effizienz dieser Kontrollen gering: Direkte Kontrollen der Betriebe sind sehr personal- und zeitaufwendig und beschränken sich zumeist auf die routinemäßige Überwachung von Kontenvorgängen; effiziente Kontrollen scheitern zudem an der unzureichenden Aussagekraft oder gar Widersprüchlichkeit verschiedener Kontrollparameter; und schließlich sind die Banken aus eigenem Interesse nicht bereit, ihre Kontrollmöglichkeiten voll auszuschöpfen (*Podolski*, 1973, S. 156ff., S. 304; *Garvy*, 1977, S. 104; *Müller*, 1980, S. 103ff.). Zinspolitische Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, den Kreditnachfragesog der Betriebe zu reduzieren, wirken ebenfalls nur beschränkt oder nicht wie beabsichtigt: Kreditzinsen können oft als Kostenfaktor auf die Abgabepreise überwältigt werden (*Ehlert, Hunstock, Tannert*, 1976, S. 150), wodurch die Kreditnachfrage vollständig zinsunelastisch wird. Dies tritt auch dann ein, wenn der Anteil der Zinsen am Betriebsgewinn kaum spürbar ist oder der Gewinn nicht zu den prämiensfondsrelevanten Indikatoren gehört. Denkbar ist sogar, daß die Betriebe – um Liquiditätsengpässen vorzubeugen – die Zinsbelastung antizipieren und das beantragte Kreditvolumen entsprechend erhöhen, so daß von einer anomalen Reaktion der betrieblichen Kreditnachfrage auszugehen ist (*Thieme*, 1983, S. 201). Direkte Mengensanktionen sind darüber hinaus

ebenfalls kaum wirksam, da sie sich kettenartig über die gesamte Volkswirtschaft verbreiten und nicht nur bei den betroffenen Betrieben ansetzen, sondern auch bei deren Geschäftspartnern spürbar werden und damit die gesamte Planerfüllung gefährden. Sie können daneben leicht durch überfällige Lieferantenkredite und nicht termingerecht getilgte Bankenkredite für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen umgangen werden (*Podolski*, 1973, S. 138 f.; *Hartwig*, 1987, S. 100). Kreditsanktionen können demzufolge nur auf Betriebe mit genügend hohem finanziellen Spielraum angewendet werden, nicht aber auf solche mit chronischen Liquiditätsengpässen.

Letztlich ursächlich für die Unwirksamkeit dieser Sanktions- und Kontrollmechanismen sind die Konkursunfähigkeit staatlicher Betriebe als dem wesentlichen Organisationsprinzip sozialistischer Planwirtschaften und die dadurch bedingte „Aufweichung“ betrieblicher Budgetrestriktionen (*Kornai*, 1980; *Thieme*, 1990): Diese Konkursunfähigkeit ist in der Eigentumsordnung begründet und bedeutet, daß zahlungsunfähige Betriebe stets mit Hilfe außerplanmäßiger Kredite, Schuldenerlassen und ähnlichen Maßnahmen am Leben gehalten werden. Solange die Zahlung von Löhnen und sogar Prämien gesetzliche Pflicht ist und Arbeitskräfte nicht entlassen werden können, sind die Filialen des Staatsbankensystems gehalten, jeden nicht leistungsfähigen Betrieb kreditär zu alimentieren. Die Konkursunfähigkeit sozialistischer Betriebe behindert insofern den in jeder dynamischen Volkswirtschaft erforderlichen Strukturwandel und gefährdet eine stabilitätsgerechte Steuerung des nominalen Geldangebots.

Bei der Erklärung monetärer Ungleichgewichte ist schließlich die Nettoverschuldung des Staates zu beachten, die in einigen sozialistischen Ländern (z. B. Sowjetunion) in den letzten Jahren drastisch zunahm. Lange Zeit hat das umfassende System der zentralen Umverteilung von Einkommen zwischen Planverlust- und Plangewinnbetrieben bei staatlichem Festpreissystem halbwegs funktioniert und gravierende Staatshaushaltsdefizite vermieden. Der steigende Kreditbedarf der Betriebe und das Festhalten an veralteten Preisstrukturen hat das Gewinnabschöpfungs- und Preissubventionssystem zerstört und die wachsenden Haushaltsdefizite verursacht. Diese werden in sozialistischen Ländern direkt über die Notenpresse der Staatsbank finanziert, wodurch der Geldüberhang verschärft wird.

III. Strategien zum Abbau monetärer Ungleichgewichte

Strategien für den Abbau einer monetären Überversorgung in einer sozialistischen Planwirtschaft zu entwickeln, setzt Wissen voraus über

- die Ursachen der Fehlversorgung mit Geldbeständen;
- das quantitative Ausmaß der monetären Überversorgung;
- die ökonomischen und sozialen Kosten der Wiederherstellung eines geldwertstabilen Gleichgewichts;
- die Bereitschaft der politischen Führung, ursachenadäquate Reformen durchzusetzen oder lediglich Symptome zu kurieren.

Wie gezeigt, sind die Ursachen aus der Sicht der monetären Inflationstheorie bekannt. Das Wissen über das quantitative Ausmaß der Geldüberhänge ist offensichtlich auch in den sozialistischen Ländern relativ gering, wie das Beispiel der DDR in den vergangenen Monaten belegt. Auch die Kosten von Inflationsbekämpfungsstrategien können – ähnlich wie für Marktwirtschaften – nur grob geschätzt werden. Schließlich ist für fast alle sozialistischen Reformländer gegenwärtig nicht abzusehen, ob und wann dem verbal bekundeten Reformwillen auch tatsächlich ursachenadäquate Reformmaßnahmen folgen.

Wirtschaftspolitische Strategien zur Beseitigung monetärer Ungleichgewichte sind strikt danach zu unterscheiden, ob sie

- lediglich einen vorhandenen, in der Vergangenheit entstandenen Geldüberhang prozeßpolitisch im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsverfassung beseitigen wollen; oder
- mit dem Abbau des Geldüberhangs zugleich durch ordnungspolitische Reformen das Entstehen zukünftiger monetärer Ungleichgewichte verhindern sollen.

Für den ersten Fall sind die traditionell in Marktwirtschaften angewendeten Strategien einer restriktiven Geld- und Kreditpolitik der Notenbank ungeeignet, weil bislang wegen fehlender Geld- und Kapitalmärkte kaum die hierfür notwendigen Instrumente der Diskont- oder Offenmarktpolitik zur Verfügung stehen und Zinserhöhungen – aus den dargelegten Gründen – unter den Systembedingungen sozialistischer Planwirtschaften sogar kontraproduktiv wirken (*Thieme, 1983*). Erfolgversprechender zur Beseitigung bestehender Geldüberhänge sind andere prozeßpolitische Instrumente (einmalige Erhöhungen des offiziellen Preisniveaus, Senkung der Nominallohneinkommen, Erhöhungen des Konsumgüterangebots oder Währungsschnitte), deren Konsequenzen mit Hilfe der Rationierungsmodelle der Neuen Makroökonomik analysiert werden können, die – obwohl für Marktwirtschaften entwickelt – gerade auf sozialistische Planwirtschaften mit zentraler Planung und Festpreissystem anwendbar sind (*Hartwig, 1982*):

- Eine einmalige exogene Erhöhung des offiziellen Preisniveaus, also die Umwandlung von „verdeckten“ in offenen Preisniveauanstieg, bewirkt einen gesamtwirtschaftlichen Outputanstieg, weil Reallohnniveau und reale Kassenhaltung sinken. Dadurch wird die Konsumgüternachfrage und damit die Rationierung am Gütermarkt reduziert, wodurch ein Anstieg des effektiven Arbeitsangebots induziert wird.
- Eine Senkung der Nominallohneinkommen erhöht das Arbeitsangebot und damit den Output nur dann, wenn der Einkommenseffekt der Lohnsatzvariation (Erhöhung des Arbeitsangebots) den Substitutionseffekt (Senkung des Arbeitsangebots) übertrifft, was keineswegs sicher ist.
- eine Erhöhung des Konsumgüterangebots (zu Lasten der staatlichen Güterverwendung oder der Investitionsgüterproduktion) verringert den Nachfrageüberschuß am Konsumgütermarkt und schließt über positive Beschäftigungs- und Outputeffekte die bestehende Konsumgüterlücke.
- Schließlich reduziert auch ein Währungsschnitt, also eine exogene Reduktion der Geldmenge, die reale Kassenhaltung sowie die Konsumgüternachfrage und erhöht das effektive Arbeitsangebot. Gegenüber der Strategie einer Preisniveauserhöhung ist der Währungsschnitt dann vorzuziehen, wenn die vorhandenen nominalen Geldbestände in Relation zum Volumen der Konsumausgaben groß sind.

Diese Strategien wurden vereinzelt auch in der sozialistischen Literatur diskutiert (*Langner, 1975*) und zum Teil tatsächlich auch in einigen sozialistischen Ländern angewendet (z.B. Währungsschnitt in der DDR im Jahre 1957; in Jugoslawien 1989). Sie sind unter sehr restriktiven Modellbedingungen abgeleitet und werden deshalb auch kontrovers diskutiert (*Thieme, 1985, 2. A. 1987*): Vernachlässigt werden insbesondere Erwartungsanpassungen, wodurch die Ergebnisse der komparativ-statischen Rationierungsmodelle zu modifizieren sind. Die abgeleiteten Beschäftigungs- und Outputeffekte treten dann bei autoregressiver Erwartungsbildung höchstens kurzfristig auf, wenn die Wirtschaftssubjekte nicht der (sozialistischen) Geldillusion unterliegen. Auch werden die umfangreichen Schwarzmärkte in den sozialistischen Ländern negiert, die entsprechende Ausweichreaktionen ermöglichen. Schließlich bleiben die geschilderten systembedingten Informations- und Kontrollprobleme bei zentraler Planung unberücksichtigt, weshalb die abgeleiteten Anpassungsreaktionen unrealistisch sind. Neben diesen deshalb nicht unproblematischen prozeßpolitischen Instrumenten zum Abbau von Geldüberhängen und der Nettoverschuldung des Staates könnten steuerpolitische Instrumente eingesetzt werden (Erhöhung der Einkommen- und Umsatzsteuersätze, Einführung einer Vermögen-

steuer), die allerdings ebenso mit realwirtschaftlichen Effekten verbunden und zudem unter sozialen Aspekten – angesichts des niedrigen Einkommensniveaus in sozialistischen Ländern – problematisch sind. Dies gilt bei einem Abbau von Überschußkassen durch Verkauf von staatlichem Eigentum (insbesondere Immobilien oder Betriebe) an den privaten Sektor nicht – eine Maßnahme, die zudem positive Anreizfunktionen für die Erhaltung oder Erneuerung der Realkapitalausstattung hätte.

Für alle Strategien gilt jedoch, daß sie nur dann einen Geldüberhang beseitigen, wenn entweder entsprechende restriktive Geldmengeneffekte damit verbunden sind, also Einnahmenüberschüsse im Staatshaushalt auch tatsächlich stillgelegt werden, oder das Konsumgüterangebot dauerhaft ohne Nominaleinkommenssteigerungen ausgeweitet wird. Beide Bedingungen waren in der Vergangenheit nicht verwirklicht.

Die Realität der sozialistischen Länder zeigt auch, daß diese prozeßpolitischen, systemerhaltenden Strategien nicht geeignet sind, die eigentlichen systemimmanenten Ursachen von Inflationsprozessen dauerhaft zu beseitigen. Soll das Entstehen zukünftiger Inflationspotentiale verhindert werden, müssen die ordnungspolitischen Bedingungen so verändert werden, daß der Einfluß von staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben sowie des privaten Sektors auf das nominale Geldangebot zurückgedrängt und das Geldangebot für die währungspolitischen Autoritäten steuerbar wird. Dies gelingt nur durch tiefgreifende, systemverändernde ordnungspolitische Reformen, die an der Geld- und Kreditmarktverfassung ansetzen, sich aber keineswegs darauf beschränken dürfen:

Erstens ist das gesamte Bankensystem zu reformieren. Das staatliche Monobankensystem ist zu ersetzen durch ein zweistufiges Bankensystem, wobei die Funktionen von Zentralbank einerseits und Geschäftsbanken andererseits institutionell strikt zu trennen sind (*Nuti*, 1989b; *Riese*, 1990). Die Zentralbank muß das Monopol der Produktion und Vernichtung der Basisgeldmenge und entsprechende Instrumente zur Steuerung der Tauschgeldmenge erhalten; der Zugriff des Staates auf die Geldproduktion ist institutionell einzuschränken. Die Geschäftsbanken mit unterschiedlichen Eigentumsformen müssen Kredite allein nach Rentabilitätskriterien vergeben und damit einer zentralen Kapitallenkung entzogen werden. Diese strikte institutionelle Trennung der Geldangebotssteuerung einerseits und der Kapitallenkung andererseits ist zentrale Voraussetzung dafür, das Allokationsproblem in den sozialistischen Ländern besser zu lösen, aber keineswegs hinreichend dafür, den diagnostizierten Kreditautomatismus zu durchbrechen.

Zweitens sind deshalb konsequent die wirtschaftlichen Entscheidungs- und Handlungsrechte zu dezentralisieren, also die unheilvolle Kombination von Planerfüllungs- und Prämiensystem aufzuheben, um die bestehenden Informations-, Motivations- und Leistungsprobleme dauerhaft besser lösen zu können. Dadurch werden die massiven Tendenzen zur betrieblichen Reservenpolitik und zur daraus resultierenden monetären Überversorgung beseitigt. Dies allerdings setzt voraus, die gesamte administrative Planungshierarchie abzubauen – eine Aufgabe, die angesichts des weitverzweigten, personell sehr stark besetzten Planungs- und Kontrollnetzes nicht einfach ist.

Drittens sind das Unternehmens-, Eigentums- und Konkursrecht zu reformieren, um marktorientierte einzelwirtschaftliche Entscheidungen und Handlungen zu ermöglichen, den offenen Markteintritt und -austritt zu gewährleisten, effiziente Budgetrestriktionen für die Betriebe zu schaffen und dadurch den Kreditnachfragesog von den Banken abzuwehren. Unabhängig von den konkreten Eigentumsformen ist sicherzustellen, daß auf Dauer nicht konkurrenzfähige Betriebe vom Markt verdrängt, also nicht subventioniert oder zwangskreditiert werden. Dies setzt auch voraus, daß zur Konkursabwehr Sanierungsinstrumente bereitstehen und Entlassungen von Arbeitskräften möglich sind, damit die bislang versteckte Arbeitslosigkeit in offene, sozial abgefederte Arbeitslosigkeit umgewandelt wird.

Viertens ist schließlich das staatliche Festpreissystem aufzuheben. Dies gilt ebenso für die Devisenmärkte, damit die Währungskonvertibilität hergestellt wird und eine zügige Integration in die Wettbewerbsprozesse auf den internationalen Güter- und Kapitalmärkten gelingt.

Diese ordnungspolitischen Reformen transformieren das Wirtschaftssystem; sie begründen ein marktwirtschaftliches Allokations- und Koordinationssystem. Mit den Reformen würden die Bedingungen für eine dauerhafte Inflationsvermeidung geschaffen, sofern die währungspolitischen Autoritäten die nunmehr greifenden geld- und währungspolitischen Instrumente stabilitätsgerecht einsetzen. Unterbleiben solche Reformen, sind die prozeßpolitischen, ökonomische und soziale Kosten verursachenden Inflationsbekämpfungsstrategien höchstens kurzfristig erfolgreich und letztlich umsonst.

IV. Reformziele und institutionelle Voraussetzungen

In nahezu allen sozialistischen Reformländern Osteuropas ist es erklärtes Ziel, das administrative System zentraler Planung abzubauen und zur Marktsteuerung wirtschaftlicher Prozesse überzugehen. Auch wird seit Jah-

ren versucht, das Bankensystem zu reformieren. Wie abschließend zu zeigen ist, blieben die Erfolge jedoch bislang bescheiden, weil die Transformation der übrigen Systemelemente nicht oder nur halbherzig vollzogen wurde.

Zu prüfen ist für die sozialistischen Reformländer, ob und inwieweit Diskrepanzen zwischen den politisch erklärten Reformzielen und dem tatsächlichen Stand der Reformen des monetären Sektors bestehen. Wie die Ursachenanalyse gezeigt hat, muß sich ein solcher Ländervergleich von Reformen des monetären Sektors beziehen auf

- Funktionen und verfassungsmäßige Stellung der Notenbank und das ihr zur Verfügung gestellte geldpolitische Instrumentarium;
- Organisation und Funktion der Geschäftsbanken;
- Bedeutung und Organisation von Kapitalmärkten;
- Unternehmens-, Eigentums- und Konkursregelungen zur Beseitigung des Kreditautomatismus.

Bis Mitte der achtziger Jahre war der monetäre Sektor in allen sozialistischen Planwirtschaften durch die sozialistische Staatsbank geprägt, die mit ihren Filialen das Geldemissions-, Kredit-, Verrechnungs- und Kassenzentrum der Volkswirtschaft bildete. Daneben existierten – in den einzelnen Ländern unterschiedliche – Spezialbanken (Investitions-, Handels-, Landwirtschafts-, Außenwirtschaftsbanken; Sparkassen für private Haushalte), die entweder direkt der Staatsbank oder den Branchenministerien untergeordnet waren (*Garvy, 1977; Hartwig, 1983*).

Mit der erkennbaren Reformnotwendigkeit des Wirtschaftssystems der sozialistischen Länder setzte auch der Prozeß der Bankenreformen ein, der bei geringen Unterschieden einem einheitlichen Muster folgt: Die bislang vorhandenen Filialen, Abteilungen der Staatsbank und die Spezialbanken werden in rechtlich und wirtschaftlich unabhängige Geschäftsbanken umgewandelt und damit der – in der DDR und Rumänien schon früher versuchte, damals aber erfolglose – Übergang zum zweistufigen Bankensystem eingeleitet.

Die Staatsbank soll sich nunmehr auf reine Notenbankfunktionen der Geldversorgung beschränken. Zwar sind die Zentralbanken rechtlich unabhängig oder zumindest nicht mehr direkt dem Finanzministerium unterstellt. Gleichwohl ist das faktische Verhältnis zwischen Regierung und Notenbank ungeklärt, da weder Verbote noch Obergrenzen der Kreditfinanzierung von Staatshaushaltsdefiziten gesetzlich festgeschrieben sind. Angesichts des enormen staatlichen Kredithungers in den letzten Jahren und der nur ansatzweise existierenden Kapitalmärkte ist die Position der Noten-

bank sehr schwach. Immerhin wird deshalb z.B. in Ungarn gefordert, die Geldschöpfungsspielräume der Geschäftsbanken kompensierend zu steuern, wenn wachsende Staatshaushaltsdefizite von der Notenbank zu finanzieren sind (Tardos, 1989). Das geldpolitische Instrumentarium der neuen Staatsbanken ist, wie Übersicht 1 zeigt, im Vergleich zu jenem in westlichen Marktwirtschaften noch unterentwickelt: In der Sowjetunion sind die alten Prinzipien der monetären Zentralplanung noch weitgehend beibehalten worden (Zweiteilung des Geldkreislaufs; zentrale Bargeldumlaufs- und Kreditplanung). Am weitesten entwickelt ist das geldpolitische Instrumentarium in Ungarn, wobei allerdings Offenmarktoperationen wegen fehlender staatlicher Kreditmittel noch weitgehend unterbleiben (Bacsikai, 1989).

Der Geschäftsbereich der „neuen“ Kreditinstitute umfaßt das Einlagengeschäft und die Vergabe kurz-, mittel- und langfristiger Kredite an den staatlichen und privaten Sektor sowie in Ländern mit rudimentären Kapitalmärkten auch die Emission und den Handel mit Wertpapieren. Sie sind überwiegend in staatlichem und genossenschaftlichem Eigentum, nur in Ungarn und Polen werden private und ausländische Kreditinstitute prinzipiell zugelassen. Alle Bankenreformen beabsichtigen, das Verhältnis zwischen Geschäftsbanken und Unternehmen durch ökonomische Kriterien (Rentabilität, Risiken, Kreditwürdigkeit) zu bestimmen, was allerdings auch wegen fehlender Fachkenntnisse der Beschäftigten schwierig ist. Unterschiede zwischen den Ländern bestehen in der Wettbewerbsintensität zwischen den Geschäftsbanken: Während z.B. in Ungarn keine regionalen und sektoralen Einschränkungen der Geschäftstätigkeit bestehen, können die Geschäftsbanken in Polen und in der UdSSR nur Kunden bestimmter Branchen betreuen bzw. nur bestimmte Kredite vergeben. Eine Besonderheit der Bankenreformen in allen Ländern zeigt sich darin, daß die Geschäftsbanken sich nicht bei den privaten Haushalten durch das Angebot verzinslicher Einlagenkonten refinanzieren können. Dies bleibt weiterhin staatlichen Spezialinstituten (Sparkassen) vorbehalten, wodurch das Refinanzierungsverhältnis der Kreditinstitute zur Notenbank sehr eng bleibt.

Weitgehend ungelöst ist bislang das Kapitalallokationsproblem. Wegen der Dominanz staatlichen Eigentums an den Unternehmen fehlen Märkte, auf denen Eigenkapitalanteile gehandelt werden. Wurden staatliche Unternehmen bereits in Aktiengesellschaften umgewandelt und Aktien an die Beschäftigten ausgegeben, sind die Anteilspapiere nicht frei handelbar. Ausnahme hiervon ist wiederum Ungarn, wo mit dem Börsengesetz vom 1.3.1990 ein Aktien-Sekundärhandel zugelassen wurde. Ungarn hat seit 1983 auch die meisten Anstrengungen unternommen, den Unternehmen die

Übersicht 1.: Bankenreform in Osteuropa

Land	UdSSR	Polen	Bulgarien	CSFR	Ungarn
Bankenreform	01.01.1988 17.07.1988	01.01.1989	16.06.1989	01.01.1990	01.01.1987
Geschäftsbanken	5 staatliche Branchenbanken und über 100 regionale Genossenschaftsbanken	Staatliche Branchenbanken; seit 1989 erste Privatbank	7 staatliche Branchenbanken	6 staatliche Universalbanken ohne Einlagengeschäft mit privaten Haushalten	5 halbstaatliche Universalbanken ohne Einlagengeschäft mit privaten Haushalten
Geldpolitische Instrumente der Notenbank	Reservenpolitik, Kreditvergabe an Geschäftsbanken, Zinspolitik, keine Diskontierung von Wechseln und Wertpapieren	Reservenpolitik sonst keine Angaben	Zinspolitik Refinanzierungspolitik	keine Angaben	Reservenpolitik, Diskontpolitik, Offenmarktpolitik seit 1988
Kapitalmarkt	nicht vorhanden	seit 01.01.89 Obligationenhandel, ab 1991 Einführung von Kapitalmarkt geplant	Kreditbeziehungen zw. Unternehmen, Anleihen- und Aktienmärkte geplant	nicht vorhanden	Handel von Obligationen auf Primär- und Sekundärmärkten; Aktienmarkt: Börsengesetz vom 1.3.1990
Konkurrenzgesetze	erste Ansätze, faktisch ohne Bedeutung	am 29.06.83 "Gesetz über die Sanierung und den Konkurs staatlicher Unternehmen"; faktisch ohne Bedeutung	erste Ansätze, faktisch ohne Bedeutung	nicht vorgesehen	"Gesetzesverordnung 11/87 über das Liquidationsverfahren" Anwendung sehr selten

Quellen: Becskai (1989), Daviddi (1989), Grossmann (1989), Messengleber (1989), OECD (1990), Pysz, Qualisser (1989), Włodzka (1989), verschiedene Jahrgänge Recht in Ost und West.

Fremdkapitalbeschaffung außerhalb der Bankkreditfinanzierung zu ermöglichen: Neben Handelswechslern können Unternehmen und Banken – nach Genehmigung durch das Finanzministerium – festverzinsliche Wertpapiere emittieren und auch an private Haushalte verkaufen, die auch an der Börse in Budapest gehandelt werden. Die Bedeutung der Anleihenmärkte für die gesamtwirtschaftliche Kapitalallokation ist allerdings noch sehr gering (*Morita*, 1988). In Polen soll der bereits seit 1. 1. 1989 mögliche Obligationenhandel bis 1991 zu einem funktionsfähigen Kapitalmarkt ausgebaut werden.

Die Schwierigkeiten, Voraussetzungen für eine effiziente Kapitalallokation zu schaffen, hängen eng mit den notwendigen Reformen des Unternehmens- und Eigentumsrechts zusammen. In Ungarn (Unternehmensumwandlungsgesetz vom 1. 7. 1989) und in Polen (Gründung von zehn Privatisierungsgesellschaften, an denen der Staat zu 60% beteiligt ist) wurden die rechtlichen Voraussetzungen für eine Umwandlung ausgewählter staatlicher Unternehmen in Aktiengesellschaften geschaffen, deren Anteile in festgelegten Zeitspannen zum Verkauf angeboten werden müssen, wobei Arbeitnehmer- und Mitarbeitermodelle bevorzugt werden. Schwierigstes Problem ist dabei die Unternehmensbewertung. Gravierend ist für den Transformationsprozeß auch, daß zwar formal Sanierungs- und Konkursregelungen – wie seit 1983 in Polen und seit 1986 in Ungarn – existieren, die aber faktisch nur äußerst selten angewendet werden. Angesichts des Wissens um die große Zahl insolventer Unternehmen in diesen Ländern bedeutet dies, daß der Kreditautomatismus bislang auch in diesen Ländern nicht beseitigt werden konnte.

Zwischen den Zielen der notwendigen Reformen des monetären Sektors und den faktischen Reformmaßnahmen in den sozialistischen Ländern bestehen insoweit noch große Diskrepanzen. Am weitesten fortgeschritten ist der Transformationsprozeß in Ungarn und in Polen, obwohl auch hier die Hauptprobleme eines adäquaten monetären Steuerungskonzepts noch ungelöst sind: Nach wie vor können Staatshaushaltsdefizite über die Notenpresse der Staatsbank finanziert werden. Auch der Kreditautomatismus ist nicht beseitigt, solange die formal vorhandenen Insolvenz- und Konkursregeln faktisch kaum angewendet werden. Unter diesen Bedingungen ist weder eine stabilitätsorientierte, an der Sicherung des Geldwertes ausgerichtete Geldpolitik der Notenbank noch eine effiziente Kapitallenkung möglich. Es bleibt abzuwarten, ob und wann die eingeleiteten schrittweisen Reformen in einzelnen sozialistischen Ländern tatsächlich greifen oder erneut durch Rezentralisierungstendenzen rückgängig gemacht werden – eine Gefahr, die aus der Erfahrung keineswegs ausgeschlossen werden kann.

Literatur

- Bacsikai*, T. (1989): The Reorganisation of the Banking System in Hungary, in: *Eastern European Economic Review*, Fall 1989, S. 79 - 92. – *Brada*, J.; *King*, A. (1986): Taut Plan, Repressed Inflation and the Supply of Effort in Centrally Planned Economies, in: *Economics of Planning*, 20, S. 162 - 178. – *Brunner*, K.; *Meltzer*, A. H. (1966): A Credit Market Theory of the Money Supply and an Explanation of Two Puzzles in U.S. Monetary Policy, in: *Revista Internazionale di Scienze Economiche e Commerciali*, 13, S. 405 - 432. – *Cassel*, D. (1985): Inflation und Inflationswirkungen in sozialistischen Planwirtschaften, in: *Thieme*, H. J. (Hrsg.), *Geldtheorie*, 2. A. 1987, Baden-Baden, S. 263 - 294. – *Cassel*, D.; *Thieme*, H. J. (1976): Verteilungswirkungen von Preis- und Kassenshaltungsinflation, in: *Cassel*, D.; *Thieme*, H. J. (Hrsg.), *Einkommensverteilung im Systemvergleich*, Stuttgart, New York, S. 101 - 122. – *Daviddi*, R. (1989): Monetary Reforms in Bulgaria, in: *Kessides*, C., u. a. (Hrsg.), *Financial Reform in Socialist Economies*, Economic Development Institute of the World Bank, Washington D. C., S. 47 - 55. – *Delhaes*, K. von (1978): Allokationsmängel als Ursache inflationärer Prozesse in Zentralverwaltungswirtschaften, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaften*, 29, S. 38 - 54. – *Dodge*, N. T. (1975): Inflation in the Socialist Economies, in: *Means*, G. C., u. a. (Hrsg.), *The Roots of Inflation*, London, S. 211 - 238. – *Ehlert*, W.; *Hunstock*, D.; *Tannert*, K. (1976): *Geldzirkulation und Kredit in der sozialistischen Planwirtschaft*, Berlin (O). – *Feiwel*, G. R. (1965): *The Economics of a Socialist Enterprise*, New York. – *Garvy*, G. (1977): *Money, Financial Flows, and Credit in the Soviet Union*, Cambridge. – *Grossman*, G. (1983): A Note on Soviet Inflation, in: *Joint Economic Committee Congress of the United States, Soviet Economy in the 1980's: Problems and Prospects*, Washington D. C., S. 267 - 286. – *Grossman*, G. (1989): Monetary and Financial Aspects of Gorbachev's Reform, in: *Kessides*, C. u. a. (Hrsg.), *Financial Reform in Socialist Economies*, Economic Development Institute of the World Bank, Washington D. C., S. 28 - 46. – *Gutmann*, G. (1965): *Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft*, Stuttgart, New York. – *Haffner*, F. (1977): Ursachen und Hemmnisse für inflationäre Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 92, S. 95 - 129. – *Hartwig*, K.-H. (1982): Output- und Beschäftigungseffekte einkommens- und währungspolitischer Maßnahmen in sozialistischen Planwirtschaften: Ein rationierungstheoretischer Ansatz, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 15, S. 363 - 380. – *Hartwig*, K.-H. (1983): Aufbau und Funktionsweise des Währungssystems der DDR, in: *Gutmann*, G. (Hrsg.), *Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR*, Asperg b. Stuttgart, S. 167 - 185. – *Hartwig*, K.-H. (1987): Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart, New York. – *Hartwig*, K.-H.; *Thieme*, H. J. (1985): Determinanten des Geld- und Kreditangebots in sozialistischen Planwirtschaften, in: *Thieme*, H. J. (Hrsg.), *Geldtheorie*, 2. A. 1987, Baden-Baden, S. 217 - 240. – *Hensel*, K. P. (1954): *Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft*, 3. A. 1979, Stuttgart, New York. – *Howard*, D. H. (1979): *The Disequilibrium Model in a Controlled Economy*, Lexington. – *Jansen*, P. (1982): *Das Inflationsproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft*, Stuttgart, New York. – *Knauff*, R. (1977): Funktionsmechanismen der Wirtschaftssysteme, in: *Hamel*, H. (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft – Sozialistische Planwirtschaft*, 5. neubearb. A. 1989, München, S. 61 - 110. – *Koont*, S.; *Zimbalist*, A. (1984): Incentives and Elicitation Schemes: A Critique and an Extension, in: *Zimbalist*, A. (Hrsg.), *Comparative Economic Systems: Present Views*, Boston, S. 159 - 174. – *Kornai*, J. (1982): *Growth*,

Shortage and Efficiency – A Macrodynamic Model of the Socialist Economy, Oxford.

– *Langner, F.* (1975): Angebot und Nachfrage im Sozialismus, Berlin (O). – *Laski, K.* (1980): Inflationsprobleme einer offenen sozialistischen Volkswirtschaft, in: *Schenk, K.-E.* (Hrsg.), Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften, Berlin, S. 71 - 94.

– *Messingießer, M.* (1989): Reform des Bankwesens in der Sowjetunion, in: *Osteuropa Wirtschaft, 34*, S. 281 - 289. – *Morita, T.* (1988): The Structure of Capital Financing: A Hungarian Case Study, in: *Economics of Planning, 22*, S. 78 - 87. – *Müller, H. E.* (1980): Die staatliche Finanzkontrolle der Industriebetriebe in der DDR, Stuttgart, New York. – *Nuti, D. M.* (1989a): Hidden and Repressed Inflation in the Soviet-Type Economics: Definitions, Measurements and Stabilisation, in: *Davis, C.; Charemza, W.* (Hrsg.), Models of Disequilibrium and Shortage in Centrally Planned Economies, London, New York, S. 101 - 146. – *Nuti, D. M.* (1989b): Feasible Financial Innovation under Market Socialism, in: *Kessides, C., u. a.* (Hrsg.), Financial Reform in Socialist Economies, Economic Development Institute of the World Bank, Washington D. C., S. 85 - 105. – *OECD* (1990): Financial Market Trends, 45, Februar 1990. – *Pindak, F.* (1983): Inflation under Central Planning, in: Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas, 10, S. 93 - 131. – *Podkaminer, L.* (1982): Estimates of Disequilibrium in Poland's Consumer Markets 1965 - 1978, in: Review of Economics and Statistics, 84, S. 423 - 431. – *Podkaminer, L.* (1988): Disequilibrium in Poland's Consumer Markets: Further Evidence on Intermarket Spillovers, in: Journal of Comparative Economics, 12, S. 43 - 60. – *Podolski, T. M.* (1973): Socialist Banking and Monetary Control, Cambridge. – *Portes, R.* (1981): Macroeconomic Equilibrium and Disequilibrium in Centrally Planned Economies, in: Economic Inquiry, 19, S. 559 - 578. – *Portes, R.* (1983): Central Planning and Monetarism: Fellow Travelers?, in: *Desai, P.* (Hrsg.), Marxism, Central Planning, and the Soviet Economy, Cambridge, Mass., S. 149 - 165. – *Portes, R.; Winter, D.* (1980): Disequilibrium Estimates for Consumption Goods Markets in Centrally Planned Economies, in: Review of Economic Studies, 47, S. 137 - 159. – *Portes, R.; Quandt, R.; Winter, D.; Yeo, S.* (1983): Macroeconomic Planning and Disequilibrium Estimates for Poland, 1955 - 1980, in: Econometrica, 55, S. 129 - 141. – *Pysz, P.; Quaiser, W.* (1989): Nach dem „Runden Tisch“: Polens Wirtschaftsreform an der Wende?, in: *Osteuropa Wirtschaft, 34*, S. 175 - 187. – *Riese, H.* (1990): Geldverfassung und Formen des Sozialismus, in: *Heine, M. u. a.* (Hrsg.), Die Zukunft der DDR-Wirtschaft, Hamburg, S. 106 - 123. – *Tardos, M.* (1989): Can Hungary's Monetary Policy Succeed? in: Eastern European Economic, Fall 1989, S. 64 - 78. – *Thieme, H. J.* (1977): Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten und wirtschaftspolitische Steuerung, in: *Hamel, H.* (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft – Sozialistische Planwirtschaft, 5. neubearb. A. 1989, München, S. 153 - 199. – *Thieme, H. J.* (1977/78): Inflation in westlichen Marktwirtschaften und östlichen Planwirtschaften, in: List Forum, 9, S. 290 - 309. – *Thieme, H. J.* (1980): Probleme der Definition und Messung von Inflation in Systemen zentraler Planung, in: *Schenk, K.-E.* (Hrsg.), Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften, Berlin, S. 45 - 70. – *Thieme, H. J.* (1983): Geldpolitik im Wirtschaftssystem der DDR, in: *Gutmann, G.* (Hrsg.), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR, Asperg b. Stuttgart, S. 187 - 212. – *Thieme, H. J.* (1985): Produktions- und Beschäftigungseffekte monetärer Impulse in sozialistischen Planwirtschaften, in: *Thieme, H. J.* (Hrsg.), Geldtheorie, 2. A. 1987, Baden-Baden, S. 295 - 316. – *Thieme, H. J.* (1990): Geldangebotssteuerung bei unterschiedlicher Unternehmens- und Marktverfassung, in: *Wagener, H. J.* (Hrsg.), Probleme monetärer Steuerung in alternativen Wirtschaftssystemen, Berlin, S. 77 - 96. – *Turcan, G.* (1977): Some Observations on Retail Distribution in Poland, in: Soviet Studies, 29, S. 128 - 136. – *Welfens, M. J.*

(1988): Das Phänomen der Schattenwirtschaft im Sozialismus, in: Osteuropa Wirtschaft, 33, S. 1 - 15. – *Wingender, P.* (1989): Westdevisen und Devisenschwarzmärkte in sozialistischen Planwirtschaften, Stuttgart, New York. – *Wlodyka, S.* (1988): Der Konkurs vergesellschafteter Unternehmen in den europäischen sozialistischen Staaten, in: Jahrbuch für Ostrecht, 29, S. 67 - 82. – *Zielinski, J. G.* (1973): Economic Reform in Polish Industry, London.

Zusammenfassung

Reformen des monetären Sektors in sozialistischen Ländern: Ursachen, Transformationsbedingungen und institutionelle Voraussetzungen

In allen sozialistischen Ländern Europas sind in der Vergangenheit erhebliche Geldüberhänge unterschiedlichen Ausmaßes entstanden, weil die Rationierungen auf den Gütermärkten bei staatlichen Festpreisen zugenommen haben. Diese Geldüberhänge haben nicht nur Allokations- und Umverteilungseffekte; sie sind auch ein zentrales Hemmnis für die beabsichtigte Dezentralisierung und Freigabe der Preise im Reformprozeß, weil Preisinflationen befürchtet werden. Die Ursachen der Inflationspotentiale liegen weniger im realen Bereich als vielmehr in der Organisation des monetären Sektors: Trotz formal günstig scheinender Voraussetzungen für eine straffe Geldmengensteuerung hat das Monobankensystem in Verbindung mit dem Planerfüllungs- und Prämiensystem einen systemimmanenten Kreditnachfragesog der Betriebe begründet, den das Staatsbankensystem wegen der prinzipiellen Konkursunfähigkeit sozialistischer Betriebe alimentieren mußte. Durch diesen Kreditautomatismus war die Geldversorgung für das Staatsbankensystem nicht steuerbar.

Diese Geldüberhänge können durch unterschiedliche prozeßpolitische Instrumente (Währungsschnitt, Preisniveauerhöhungen, Nominallohnsenkungen, Steuererhöhungen, Verkauf staatlichen Eigentums) abgebaut werden, wobei verschiedenartige Auswirkungen auf Output und Beschäftigung zu berücksichtigen sind. Zukünftige Inflationspotentiale können jedoch nur dann vermieden werden, wenn der monetäre Sektor in ein zweistufiges Bankensystem transformiert wird. Solche Reformprozesse sind in den vergangenen Jahren in einigen sozialistischen Ländern in Gang gesetzt, bislang aber keineswegs abgeschlossen worden. Dabei reicht es nicht aus, ein zweistufiges Bankensystem zu organisieren, ohne gleichzeitig durch tiefgreifende Markt-, Unternehmens- und Eigentumsreformen die Voraussetzungen für die Zerschlagung des für die Geldversorgung unheilvollen Kreditautomatismus zu schaffen.

Summary

Reform of the Monetary Sector in Socialist Countries: Causes, Transformation Conditions and Institutional Prerequisites

In the past, all socialist countries in Europe recorded substantial money overhangs of different dimensions because of increasing rationing on the goods markets against the background of government-fixed and controlled prices. Such money overhangs occasion not only allocation and redistribution effects, but represent also a central

impediment to the intended decentralization and unfreezing of prices in the reform process because of fears of price inflation. The causes of inflationary potentials are to be found not so much on the real, but on the organizational side of the monetary sector: in spite of conditions formally favourable, as it seems, for strict money supply management, the monobank system in combination with plan-fulfilment targets and premium systems has occasioned a system-immanent corporate credit demand pull to which the governmental banking system had to respond in a positive manner because of the inability, in practice, of companies in socialist countries to go bankrupt. As a result of this credit-granting automatism, the state-bank system has been unable to manage money supply successfully.

Such money overhands may be reduced by various process political instruments (devaluation, price-level increases, nominal-wage cuts, tax increases, sale of government-owned assets) with the differential effect on output and employment having to be taken into consideration. On the other hand, future inflationary potentials can only be avoided if the monetary sector is transformed into a two-tier banking system. Such reform processes have been set in motion in some of the socialist countries in recent years, but have in no way been brought to a successful conclusion yet. It is not sufficient in this context to organize a two-tier banking system without creating at the same time the preconditions for destroying the credit-granting automatism, unwholesome to money supply management, by drastic reform of markets, the corporate sector and ownership conditions.

Résumé

Réformes du secteur monétaire dans les pays socialistes: causes, conditions de transformation et préalables institutionnels

Tous les pays socialistes d'Europe ont enregistré au cours des dernières années des excédents des moyens de paiement considérables de différente ampleur, parce que les rationnements sur les marchés des biens économiques, où les prix étaient imposés par l'Etat, ont augmenté. Ces excédents des moyens de paiement n'ont pas seulement des effets d'allocation et de redistribution. Ils constituent également une entrave centrale pour la décentralisation prévue et pour la libération des prix dans le processus de réforme, parce qu'on craint des inflations de prix. Les causes de ces potentiels inflationnistes se trouvent moins dans le domaine réel que dans l'organisation du secteur monétaire. Malgré des conditions qui paraissent formellement favorables pour un contrôle sévère de la quantité de monnaie en circulation, le système mono-bancaire, en rapport avec le système de réalisation du plan et avec le système de prime, a justifié une forte demande de crédit des entreprises, immanente au système, que le système bancaire national a dû alimenter, parce que les entreprises socialistes ne savaient par principe pas tomber en faillite. Cet automatisme de crédit empêchait le système bancaire étatique de contrôler l'approvisionnement monétaire.

Ces excédents des moyens de paiement peuvent être réduits par différents instruments de politique (contrôle des devises, augmentations des niveaux de prix, diminution des salaires nominaux, augmentations fiscales, vente de la propriété étatique). Il faut considérer ici les différentes conséquences sur l'output et l'emploi. Les potentiels d'inflation ne peuvent théoriquement être évités à l'avenir que si le secteur monétaire

est transformé en système bancaire à deux degrés. De tels processus de réforme ont été amorcés dans certains pays socialistes au cours des dernières années, mais jusqu'à présent, ils n'ont pas encore été achevés. Il ne suffit pas pour cela d'organiser un système bancaire à deux degrés, sans en même temps créer les préalables pour démembrer l'automatisme funeste de crédit pour l'approvisionnement monétaire, en entreprenant des réformes profondes du marché, des entreprises et de la propriété.